

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نېاشد تن من مېباد بدین بوم و بر زنده یک تن مېباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Bryan Dyne

05.10.2019

Kapitalismus und Klimakatastrophe: Wie weiter nach den weltweiten Protesten?

3. Oktober 2019

Am 20. und 27. September beteiligten sich weltweit mehr als 7,6 Millionen Menschen an den Klimastreiks. Die Proteste zeigten die ungeheure Bereitschaft der jungen Generation, für ihre Zukunft, die der Erde und der gesamten Menschheit zu kämpfen.

Es fanden auf allen sieben Kontinenten – einschließlich der Antarktis – insgesamt 6.135 Protestveranstaltungen in mehr als 185 Ländern statt. Jugendliche, Studierende und Unterstützer machten ihrer Wut über die multinationalen Konzerne Luft, die die Erde verschmutzen, niederbrennen und vergiften. Sie brachten ihre Empörung über alle Regierungen weltweit zum Ausdruck, die unfähig sind, die sich rasant verschärfende Umweltkrise aufzuhalten. Einer ganzen Generation wird immer mehr bewusst, dass der steigende Meeresspiegel, extremes Wetter, die Zerstörung von Korallenriffen und der Verlust der Artenvielfalt auf den Kapitalismus zurückgehen, der sich als ein Wirtschaftssystem erwiesen hat, das die Gesellschaft und die Umwelt zerstört.

Diese Gefahren wurden vom „UN-Sonderbericht über die Ozeane und die Kryosphäre in einem sich wandelnden Klima“ erneut verdeutlicht. Er bestätigte nochmals, dass die Ozeane, Polarkappen und Gletscher zu den Ökosystemen gehören, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind – und dass die Existenz von Millionen Menschen gefährdet ist. Das Abschmelzen der Eiskappen, Gletscher und Permafrostböden droht, die sozialen Kosten der Erderwärmung um ein Vielfaches zu erhöhen.

Vielen jungen Menschen wird auch zunehmend bewusst, dass die Klimakrise eine internationale Lösung erfordert, in der die Ressourcen der Welt auf rationale und wissenschaftliche Weise eingesetzt werden, um die jahrzehntelange Umweltzerstörung zu stoppen und umzukehren. Jeder echte Kampf gegen den Klimawandel setzt sich unweigerlich über nationale Grenzen, Unternehmensprofite und die Interessen von Militärs und Geheimdiensten hinweg.

Deshalb müssen alle, die an den Klimaprotesten teilgenommen haben oder dies in Zukunft tun wollen, gewarnt sein. Dass so viele internationale Staatschefs und Konzernbosse – zusammen mit diversen Prominenten und führenden Akademikern – den globalen Klimastreik unterstützen, bedeutet nicht, dass diese Schichten dem „Druck“ der Straße nachgeben und beginnen werden, die Klimakrise zu lösen. Vielmehr zeigt sich darin, dass die Proteste trotz der Ansichten der breiten Masse der Teilnehmer in Kanäle gelenkt werden, die für die herrschende Klasse politisch annehmbar sind.

Beispielhaft für diese Gefahr ist die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg, die ihre aufrichtige Leidenschaft für den Kampf gegen den Klimawandel letzten Montag in ihrer Rede vor dem UN-Klimagipfel zeigte. Gleichzeitig traf sie sich während ihrer Reise in den USA und Kanada mit Barack Obama und Justin Trudeau, die beide erprobte Diener des Kapitalismus und, nach jeder vernünftigen Definition des Begriffs, Kriegsverbrecher sind. Sie sind verantwortlich für den Tod, die Verstümmelung und erzwungene Flucht von Millionen Menschen im Nahen Osten, in Zentralasien und Nordafrika.

Die politische Sackgasse der Klimaproteste offenbart sich auch in der Unterstützung für die derzeitigen „Streiks“ durch 3.024 Unternehmen. Auf tatsächliche Streiks der Arbeiter reagieren die gleichen Unternehmen mit einstweiligen Verfügungen, Massenentlassungen und brutaler Gewalt. In den „Klimastreiks“ hingegen wollen sie sich eine „grüne“ Fassade zulegen und hoffen so, die Demonstrationen zu beschwichtigen und Millionen Jugendlichen und Arbeiter von einem Kampf gegen den Kapitalismus abzubringen.

Diese Unternehmen lehnen jedes effektive Vorgehen gegen den Klimawandel genauso ab wie die fossilen Brennstoffkonzerne, die die Klimaproteste offen verurteilen. Denn ein tatsächlicher Kampf gegen den Klimawandel würde die Grundlage des gesamten Profitsystems gefährden: das Privateigentum an den Produktionsmitteln.

Ein Beispiel für diese Haltung ist Rory Kennedy, der jüngste Sohn von Robert Kennedy und Direktor der Climate Emergency Fund (CEF). Die Organisation bezeichnet den „Klimanotstand“ als „existenzielle Krise“ und hat Millionen Dollar an verschiedene

Umweltschutz- und Klimaaktivistengruppen gespendet, u. a. 350.org und Extinction Rebellion.

Allerdings ist die CEF kein wohltätiger Spender, wie die *New York Times* in ihrem Artikel „Die Millionäre, die die Klimaproteste mitfinanzieren“ ihren Lesern weismachen will. Die Bewegungen, die sie finanziert, sollen sich ausdrücklich auf „legale Aktivitäten“ beschränken, die „auf konstruktive Weise Bewusstsein schaffen und sofortige Aktionen“ gegen die anhaltende Zerstörung der Umwelt fordern.

Das läuft bestenfalls auf einen Appell an die Vereinten Nationen und die diversen „grünen“ und „linken“ Parteien hinaus, die sich seit dem ersten großen internationalen Bericht über die Gefahr der Erderwärmung 1992 den fossilen Brennstoffindustrien unterworfen und dafür gesorgt haben, dass kein globales Klimaschutzabkommen – vom Kyoto-Protokoll 1997 bis zum Pariser Klimaschutzabkommen 2015 – echte Grenzen für die Emission von Treibhausgasen festlegt. Stattdessen haben sie neue Schutzmechanismen für die Energiekonzerne „ihrer“ Länder durchgesetzt.

Noch unheilvoller ist, dass die CEF die von ihr finanzierten Organisationen dem unterwirft, was von Politikern wie dem faschistischen US-Präsidenten Donald Trump und seinem brasilianischen Amtskollegen Jair Bolsonaro als „legal“ erachtet wird. Beide leugnen den Klimawandel und unterdrücken aktiv die wissenschaftliche Forschung. Ihre Regierungen schrecken nicht davor zurück, die Polizeistaatsmaßnahmen, die sie gegen Immigranten und Flüchtlinge entwickelt haben, auch gegen sozialen Widerstand im Inland und die Klimaproteste zu richten.

Generell spricht die Tatsache, dass so viele Umweltschutzorganisationen von Millionären oder sogar Milliarden finanziert werden, Bände über die Sackgasse „grüner“ Politik. Aufrufe an die Weltbevölkerung, ihren „Lebensstil“ oder ihre „Ernährung“ zu ändern, sprechen die Kapitalistenklasse von jeder Verantwortung für die Krise frei und schieben der internationalen Arbeiterklasse die Schuld zu, weil sie an einem Wirtschaftssystem teilnimmt, über das sie keine Kontrolle hat. Das ist zum Markenzeichen „grüner“ Parteien auf der ganzen Welt geworden, während sie gleichzeitig imperialistische Kriege unterstützen.

Noch schlimmer sind die Behauptungen, die einzige Lösung für die Klimakrise liege in einer starken Verringerung der Weltbevölkerung. Diese reaktionäre Perspektive stammt von einer Schicht von Akademikern und Kleinbürgern, die seit der Auflösung der UdSSR völlig demoralisiert sind und keinerlei Vertrauen mehr haben, dass die Arbeiterklasse in

der Lage ist, eine bessere Zukunft zu schaffen. Die Befürworter dieser Politik sollten gefragt werden, ob sie bereit sind, ihre eigene privilegierte Existenz zu opfern, wenn sie als Teil der „überflüssigen Bevölkerung“ eingestuft werden.

Die Teilnehmer der Klimaproteste müssen solche malthusianischen Ansichten zurückweisen. Nicht die „Menschheit“ hat die ganze Biosphäre der Erde an den Rand des Zusammenbruchs gebracht, sondern die Kapitalistenklasse, gestützt auf das Privateigentum einiger tausend Milliardäre und Großkonzerne, und die Spaltung der Welt in rivalisierende Nationalstaaten. Der Kapitalismus und das Nationalstaatensystem sind die Hindernisse für einen ernsthaften Kampf gegen die Erderwärmung.

Schüler und Jugendliche müssen sich der internationalen Arbeiterklasse zuwenden. Millionen Menschen werden im Kampf gegen wachsende soziale Ungleichheit, Angriffe auf demokratische Rechte und die Gefahr imperialistischer Kriege mobilisiert. Die Klimakrise ist ein weiterer Grund, warum die Produktivkräfte unter die demokratische Kontrolle der Arbeiterklasse gestellt werden müssen. Sie ist die einzige gesellschaftliche Kraft, die in der Lage ist, den Kapitalismus und das Nationalstaatensystem abzuschaffen und eine globale Gesellschaft zu errichten, in der die sozialen Bedürfnisse und nicht das private Profitstreben an erster Stelle stehen.